

  
**RECHNUNGSHOF**  
3, DAMPFSCIFFSTRASSE 2

3/SN-236/ME  
A-1033 Wien, Postfach 240  
Tel. (0 22 2) 66 36 46/0 oder

Klappe Durchwahl

Fernschreib-Nr. 135 389 rh a  
DVR: 0064025

An das

Präsidium des Nationalrates

1010 W i e n

Bitte in der Antwort die Geschäftszahl  
dieses Schreibens anführen.

Zl 998-01/86

Entwurf einer Vereinbarung  
gem Art 15a B-VG zwischen dem  
Bund und dem Land Tirol über  
Hubschrauberdienste

STÄNDIGER VERKEHR	
Zl	22 - GE/1986
Datum:	3. APR. 1986
Verteilt	7. APR. 1986 <i>H. Fiedler</i>

*H. Fiedler*

In der Anlage beehrt sich der Rechnungshof 25 Ausfertigungen der Stellungnahme zu übermitteln, die er zu dem vom BMI in seinem Schreiben vom 10. März 1986, Zl 11.197/3-III/4-86, versendeten Entwurf einer Vereinbarung gem Art 15a B-VG zwischen dem Bund und dem Land Tirol über einen gemeinsamen Hubschrauber-Rettungsdienst abgegeben hat.

Anlage

3. April 1986

Der Präsident:

i.V. Fiedler

**Für die Richtigkeit  
der Ausfertigung:**  
*H. Fiedler*



**RECHNUNGSHOF**  
3, DAMPFSCIFFSTRASSE 2

A-1033 Wien, Postfach 240  
Tel. (0 22 2) 66 36 46/0 oder

Klappe                      Durchwahl

Fernschreib-Nr. 135 389 rh a  
DVR: 0064025

An das

Bundesministerium für Inneres

1014    W i e n

Bitte in der Antwort die Geschäftszahl  
dieses Schreibens anführen.  
Zl 998-01/86

Entwurf einer Vereinbarung  
gem Art 15a B-VG zwischen dem  
Bund und dem Land Tirol über  
Hubschrauberdienste

Der RH bestätigt den Erhalt des do Schreibens vom 10. März 1986,  
Zl 11.197/3-III/4-86 und nimmt zu dem vorgelegten Entwurf über  
eine Vereinbarung gem Art 15a B-VG zwischen dem Bund und dem Land  
Tirol über einen gemeinsamen Hubschrauber-Rettungsdienst wie folgt  
Stellung:

Allgemeines:

Hinsichtlich des vorliegenden Entwurfes verweist der RH grund-  
sätzlich auf seine Stellungnahmen, samt den darin geäußerten Beden-  
ken und Einwänden, zu den mit den Ländern Salzburg (RHZl 2095-01/83),  
Kärnten (RHZl 1132-01/84), Steiermark (RHZl 1069-01/85) und  
Vorarlberg (RHZl 940-01/86) abgeschlossenen Vereinbarungen im Ge-  
genstande. Kritisiert wird insbesondere die Tatsache des Abschlus-  
ses der gegenständlichen Vereinbarung noch vor Ablauf des auf die  
Dauer von drei Jahren anberaumten Modellversuches eines Hubschrau-  
ber-Rettungsdienstes im Land Salzburg (BGBI Nr 21/1984) und demge-  
mäß noch vor dem aufgrund dieses Modellversuches an den National-  
rat zu erstattenden Berichtes des Bundesministers für Inneres, da  
im Hinblick auf diese zeitliche Abfolge dem Nationalrat die Mög-  
lichkeit genommen wird, im Rahmen der parlamentarischen Behandlung

- 2 -

der vorliegenden Vereinbarung auf die Erkenntnisse aus diesem Modellversuch sowie auf die - vor allem in Ansehung der Kostenfrage - daraus zu ziehenden Konsequenzen Bedacht zu nehmen.

Zum Entwurf der Vereinbarung:

Zum § 4 Abs 1 Z 2:

Die Errichtung einer Flugeinsatzstelle und die Stationierung eines für Rettungsflüge tauglichen Hubschraubers in Lienz erfolgt nach Auffassung des RH im größeren Interesse des in die Landeszuständigkeit fallenden Rettungswesens, weil ohnehin in Klagenfurt zwei Hubschrauber und ein Flächenflugzeug - wobei das Flächenflugzeug nur im Aufgabenbereich öffentliche Sicherheit einschließlich der Straßenpolizei Verwendung findet - zur Verfügung stehen. Nach Ansicht des RH sollte daher in § 5 Abs 1 Z 2 eine Beteiligung des Landes an den Anschaffungskosten des Fluggerätes vorgesehen werden.

Zum § 12:

Für den Fall, daß das Land nicht mehr in der Lage oder willens ist, für Rettungsflüge einen Hubschrauber zu betreiben, sieht der Entwurf vor, daß der Bund anstelle des Landes die Erfordernisse gem § 5 Abs 1 Z 1 lit b übernimmt. Der RH vertritt die Ansicht, daß für diesen Fall auch eine Kostenbeteiligung des Landes am Fluggerät vorgesehen werden sollte.

Angabe der voraussichtlich anfallenden Kosten:

Auch im vorliegenden Entwurf fehlen betragsmäßige Angaben über die voraussichtlichen Kosten einschließlich der erforderlichen Kostenberechnungen (siehe diesbezüglich RHZl 940-01/86).

Von dieser Stellungnahme wird das Präsidium des Nationalrates ue in Kenntnis gesetzt.

3. April 1986

Der Präsident:

i.V. Fiedler

~~Für die Richtigkeit~~  
~~der Ausfertigung:~~